Nach Redactionsschluß.

In der gestrigen Stadtverordnetensitzung wurde der Antrag Kahe und Gen., daß in unseren öffentlichen Anlagen eine hinreichende Anzahl von Ruhebänken von der Benutzung durch Kinderwärterinnen und Kinder ausgeschlossen werde, angenommen, desgleichen auch ein Antrag Hartwig's auf Beschaffung von mehr Spielplätzen für Kinder und ein Antrag Ziegler's auf Vermehrung der Bänke in den städtischen Anlagen für Erwachsene. Die Petition des Wirthsbewohnervereins über die zwangsweise Einführung der Treppenbeleuchtung durch die Hausbesitzer wurde gegen 4 Stimmen dem Rathe zur Erwägung überwiesen. Die Vermehrung der Rathsmitglieder wurde nach Form und Inhalt genehmigt.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik,
Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.

Moritz Klingner
Augustusstrasse Nr. 4
(Bazar de voyage)
empfiehlt zur billigen und praktischen Reise
Fournier-Reisekoffer
als Unicum der Leichtigkeit, Solidität und Eleganz.
Grosse Auswahl
von
Taschen-Necessaires.

Vortheilhafteste Bezugsquelle für
Tapisserie-Arbeiten
und alle zugehörigen Materialien.
Neuheiten stets am Lager.
Hartmann & Saam,
Schloss-Strasse Nr. 17, gegenüber dem Königl. Schlosse.

Ober-Hemden
Adolf Helm
32 Webergasse 32.

Zur Reise! Koffer, Taschen,
Necessaires, Touristentaschen, Geld- u. Gürteltaschen, Reiseflaschen, Plaidriemen etc. etc.
empfiehlt in grosser Auswahl
Bernhard Rüdiger,
Wilsdrufferstrasse 2, zunächst dem Altmarkt.

Weisspinsel, Weissbürsten, Musterpinsel, Ringpinsel u. s. w. offerirt als billigste Bezugsquelle für Wiederverkäufer die Bürsten- u. Pinselwaaren-Fabrik von Gebr. Streubel, Freiberg (Sachsen).

Nr. 179. 29. Jahrgang. Auflage: 40,000 Expl. | Aussichten für den 27. Juni: Schwacher Westwind, veränderliche Bewölkung, keine oder geringe Niederschläge, etwas wärmer. | Dresden, 1884. **Freitag, 27. Juni.**

Abonnement.

Die geehrten auswärtigen Leser der „Dresdner Nachrichten" bitten wir das Abonnement für das dritte Quartal 1884 baldigst erneuern zu wollen, damit wir die Nummern ohne Unterbrechung weiter liefern können.

Die Postanstalten des Deutschen Reichs und Auslandes nehmen Bestellungen auf unser Blatt an.

Abonnement in Dresden bei unserer Expedition (incl. Bringerlohn) 2 Mark 50 Pf. vierteljährlich, bei den Kaiserlichen Postanstalten im Deutschen Reichsgebiet 2 Mark 75 Pf., in der Oesterreich-Ungarischen Monarchie 2 Gulden 29 Kreuzer excl. Agiozuschlag.

Expedition der „Dresdner Nachrichten", Marienstr. 13.

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden

Wenig hätte gefehlt, so wäre in der Schlußabstimmung der Handwerker-Antrag Ackermann und der Konservativen ins Wasser gefallen. Nicht die Beschaffenheit der dagegen vorgebrachten Gründe hätte dies bewirkt, sondern die stärkere Heranziehung der liberalen Reserven. Das Hohngeschrei hätten wir — ach nein, wir hätten es nicht hören mögen, das aus den Spalten der Fortschrittspresse explodirt wäre, sobald der Reichstag den bescheidenen handwerkerfreundlichen Antrag zu Grabe getragen hätte! Tiefe Niedergeschlagenheit hätte sich des deutschen Handwerkerstandes bemächtigt; es war dann wieder einmal Nichts mit einem so natürlichen und maßvollen Bemühen, dem Untergange des ehrlichen deutschen Handwerkes entgegenzutreten. Jetzt, wo diese Gefahr beseitigt ist, jetzt, wo ein erster schwacher Schimmer von Morgenroth über den düsteren Himmel des Handwerkes huscht, jetzt brechen die Handwerker gewiß nicht in einen übermüthigen Jubel aus, aber ein Gefühl der Hoffnung strömt über ihr Herz, tröstend und stärkend: Gott Lob! es ist noch nicht Alles verloren, es kann noch gut werden, es wird sich nun zum Bessereren wenden. Immer hört man gegen die Bestrebungen, lebenskräftige, leistungsfähige Innungen, solche, welche den Bedürfnissen der Gegenwart genügen, dem Grundsatz der Arbeitstheilung entsprechen, die moderne Entwickelung, den Stand der heutigen Technik, die Beschaffung von Rohmaterial, die Absatzverhältnisse, die Lage auf dem Weltmarkt berücksichtigen, immer hört man den Einwand: es sei ein Ding der Unmöglichkeit, solche wirkliche Innungen herzustellen. Wo höre das Handwerk auf? Wo fange die Fabrik an? Es ist bekannt, daß die Grenzen Beider ineinander fließen — aber man grabe doch nur erst ein Bett für den Strom des Handwerkes, welches jetzt uferlos in gewerbefreiheitlicher Breite zerfließt, versickert, versiecht und vertrocknet, dann wird schon das Handwerk sich in diesem Strome wieder sammeln und als solcher das ganze Vaterland befruchten. Nicht blos im Interesse der Handwerker selbst, vielmehr in dem des ganzen Volkes und Staates ist es gelegen (das führt der mit besonderer Wärme und Sachkunde der Handwerkersache sich annehmende „Reichsbote" in Berlin überzeugend aus), daß unser Handwerk, in welchem ein so großer Theil unseres bürgerlichen Mittelstandes lebt, wieder erstarke. Was soll denn werden, wenn wir die ganze große Masse des gewerblichen Volkes ins Proletariat hineinstoßen lassen, das immer abhängiger vom Fabrikbetriebe ist? Ist erst das selbstständige Handwerk verschwunden, dann wird auch gar bald der kleine Fabrikbetrieb von dem großkapitalistischen Betriebe aufgesogen sein. Wenn erst in der großen Volksmasse, die jetzt noch im Handwerk eine bescheidene Existenz findet, gar Niemand mehr die Aussicht hätte, sich durch Fleiß und Tüchtigkeit eine selbstständige Stellung zu erwerben, so wären die verderblichsten Folgen für unsere Kultur-Entwickelung unvermeidlich. Es liegt auf der Hand, wenn erst das ganze Gewerbe in den Händen einer Kleinzahl Großindustrieller zusammengezogen wäre, dann würde das Volk sich sagen: Wenn wir doch nur die zu ewiger, willenloser Abhängigkeit verurtheilten Werkzeuge einiger weniger Großkapitalisten sein und niemals eine selbstständige Existenz erringen sollen, dann wollen wir doch noch lieber Knechte des Staates, als Knechte einer Anzahl Großjuden sein — und es hätte die Stunde für den sozialdemokratischen Staat geschlagen. Auf diese Entwickelung spekuliren bekanntlich auch die Sozialdemokraten, deshalb erlebte man wiederum das nicht mehr auffällige Schauspiel, den Sozialdemokraten Bebel mit dem Vertreter des jüdischen Großkapitals, Bamberger, an einem Strange ziehen zu sehen, um die Reorganisation des Handwerks zu hintertreiben. Aber Alle, denen es ernst ist mit der Erhaltung eines gesunden, leistungsfähigen Mittelstandes, in welchem allezeit die Kraft der deutschen Nation gelegen hat und der recht eigentlich als Träger deutscher Kultur zu betrachten ist, der wird die Reorganisation des Handwerks unterstützen.

Wir müssen brechen mit der falschen Theorie der souveränen Unbeschränktheit des Kapitalbesitzes. Die Gewerbefreiheit sollte weit richtiger die Kapitalistenfreiheit zur Ausbeutung des Gewerbes heißen. Sie bezweckt ja weiter Nichts als das Gewerbe vogelfrei zu machen für den Kapitalbesitz. Die Handwerker werden es bei den bevorstehenden Wahlen den Konservativen nicht vergessen, daß sie die Fahne zur Erfüllung der großen Reformarbeiten der Gegenwart vorangetragen haben. Die Handwerker, die Arbeiter (soziale Reformen), die Bauern (Schutz der Landwirthschaft), die Industrie (Schutzzölle), der reelle Handel (Kampf gegen das Hausirerunwesen und Schacherthum), die Beamten (Pensionsgesetz) haben es namentlich auf diesem Reichstage bei jeder Gelegenheit erfahren, daß sie wirksame Hilfe und Unterstützung für ihre Interessen nur bei der konservativen Partei finden. Ihr Hauptziel ist immer und überall darauf gerichtet: das deutsche Volk wirthschaftlich und sittlich stark, wohlhabend und tüchtig zu machen und so zu erhalten. Die Zeit ist für die Konservativen und eine solche zielbewußte nationale Politik günstiger, denn seit lange — darum nicht hinter dem Ofen gesessen, sondern gehandelt mit frischem Muthe, als Männer, denen die Zukunft gehört!

Die Reichsrathswahlen in Ungarn sind vorüber, der wüste Lärm, der einen Monat hindurch das ganze Land erfüllt hat, verhallt allmählig, die Weinfässer sind ausgetrunken, die Geldbeutel geleert, die Korteste (berufsmäßige Wahlagitatoren), welche die Leidenschaften bis zur äußersten Erregung getrieben hatten, selbst ermüdet. Der Agitationstaumel, der vier Wochen lang die Kämpfenden umfangen hielt, verfliegt sachte und Tisza telegraphirt in alle Windrosenrichtungen: großer Wahlsieg! Die Regierungsmehrheit beträgt 56 Stimmen — 6 mehr als auf dem letzten Reichsrath. Es ist richtig, auf weitere 3 Jahre hat sich das Ungarland abermals dem harten Joche des Tisza'schen Regiments überliefert, aber stolz auf seinen Erfolg zu sein hat der Sieger keine Ursache. Es ist schon an sich bemerkenswerth, daß mehr als ¼ aller Wahlbezirke Kandidaten einer anderen politischen Richtung gewählt hat, als diejenige war, der der frühere Abgeordnete angehört hatte. Mehr als ein Viertel der gewählten Abgeordneten hat dem letzten Parlamente nicht angehört und eine stattliche Anzahl ihrer sind Namen, die zum ersten Male überhaupt an der Oeffentlichkeit emportauchen. Sie stießen Häupter der herrschenden Regierung hinunter. Sodann entfesselten Tisza's Anhänger ganz absichtlich in einer großen Reihe von Wahlkreisen Schlägereien und Tumulte, um den willkommenen Vorwand zu erhalten, die bewaffnete Macht aufzubieten und die Wahlen unter den Schrecken von Bayonetten vor sich gehen zu lassen. Das zeigte sich namentlich in jenen Distrikten, wo die Magyaren in der Minderheit leben und andere Nationalitäten, Deutsche, Slaven und Rumänen die Mehrheit der Wähler bilden. Die aufgebotene Militärmacht schüchterte die letzteren ein und wo das Mittel nicht verfangen wollte, schritt die Regierung rücksichtslos zur Vergewaltigung der Nicht-Magyaren. Aus den Wahlkreisen der Siebenbürger Sachsen ist es erwiesen, daß der Hauptmann oder Rittmeister der an die Urnen postirten Infanterie oder Husaren zu einer so frühen Stunde ungesetzlich die Stimmabgabe schloß, daß Hunderte von deutschen Wählern trotz aller Proteste ihr Wahlrecht faktisch nicht ausüben konnten. Mit Bayonetten und Reiterattaquen wurden die rechtzeitig erschienenen Wähler von den Urnen zurückgejagt. Da ist es denn leicht, Regierungsmehrheiten zu erzielen und zu rühmen, daß Ungarn eine sichere „magyarische Mehrheit" gewählt habe. Um so mehr muß man den Muth jener nahezu zwei Dutzend Wahlkreise anerkennen, die im siegreichen Kampfe gegen die brutale Regierungsgewalt und die Macht des jüdischen Kapitals Antisemiten durchbrachten.

Etwas besser klingen die Nachrichten über die Cholera in Toulon. Alles dreht sich um die Frage: ist es die asiatische Cholera oder eine andere choleraähnliche Infektions-Krankheit, was die besorgten Blicke Europas nach jenem Mittelmeerhafen lenkt? Zunächst muß man klar den Charakter der dortigen Krankheit erkennen. Nun rühmt man von Dr. Koch in Berlin, daß er die unfehlbaren Kriterien zur Erkennung der asiatischen Krankheit festgestellt habe. Ist der Cholerabacillus, auch Kommabacillus genannt, in Toulon zu konstatiren oder nicht? Dr. Koch und seine Jünger behaupten eine absolut sichere Methode zur Erhärtung dieser Thatsache zu besitzen. Die Franzosen kennen diese Methode nicht. Wenn sie nun der Deutschenhaß, oder der unter Gelehrten so weit verbreitete kleinliche Neid abhält, an die deutsche Regierung das Ersuchen um Abordnung Dr. Koch's, oder eines seiner Genossen nach Toulon zu richten, so sollte unsere Reichsregierung nicht zu stolz sein, diese Sendung anzubieten. Deutschland vergäbe sich damit in den Augen der vernünftigen Leute aller Länder nicht das Mindeste — die Welt würde es ihm im Gegentheil aufrichtig danken.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." vom 26. Juni.

Berlin. Reichstag. Eingegangen: Internationaler Vertrag betr. Schutz der internationalen Telegraphenkabel. Die Literarkonvention mit Italien wird in erster und zweiter Berathung angenommen, ebenso der Vertrag mit Siam betr. den Handel mit geistigen Getränken. Zum Handelsvertrag mit Korea entspinnt sich eine lange Debatte. Abg. v. Maltzahn-Gültz (kons.) begreift nicht, weshalb, wenn man die Handelsbeziehungen mit Korea für wichtig genug halte, um einen Vertrag mit Korea abzuschließen, man nicht auch für schleunige Erledigung der Postdampfer-Subventions-Vorlage Sorge trage. Seine Partei sei bereit, dieselbe zu erledigen. Wenn die anderen Parteien die Berathung verhinderten, so werde dies im Lande verurtheilt werden. Die freisinnige Partei habe seit 1866 Alles abgelehnt, was zur größeren Ehre Deutschlands an Vorlagen hier eingebracht worden. — Abg. Dr. Kapp (Fus.): Diese Vorlage habe mit den Postdampfer-Subventionen nichts zu thun. Der Verkehr mit Korea werde überhaupt durch Segelschiffe vermittelt, nicht durch Postdampfer. Das Reichskanzleramt habe sich 3 Monate mit der Vorlage Zeit gelassen, nun brauche sich der Reichstag damit auch nicht zu übereilen. Er und seine Freunde wiesen mit Entrüstung und Verachtung die Verdächtigung zurück, als hätten sie nicht ebensoviel Vaterlandsliebe wie der Vorredner. Geh. Leg.-Rath v. Kusserow bedauert, daß die Dampfer-Subventions-Vorlage nicht erledigt werde. Die Engländer seien uns in Korea durch bessere Verbindungen zuvorgekommen. Richter: Der Reichskanzler habe die Vorlage so lange zurückbehalten, weil sie so mangelhaft motivirt sei, daß sie die Kritik nicht bestehen konnte. Im Seniorenkonvent habe die Regierung nicht auf der Vorlage bestanden. Minister v. Bötticher weist die Behauptung zurück, daß die Vorlage seit Februar fertig sei. Im Seniorenkonvent bestand die Regierung nicht auf der Durchberathung, weil das vergebliche Mühe gewesen wäre. Windthorst: Das Centrum sei nicht gegen die Vorlage, aber es wolle eingehendste Prüfung. Die Erklärungen des Reichskanzlers über die Kolonialpolitik billige er, aber diese Politik solle ja nichts kosten, während die Dampfer-Vorlage 4 Millionen fordere. Hammacher beklagt, daß auch diese so nationale Angelegenheit zur Parteisache gemacht worden. Rickert beklagt sich, daß die „Nordd. Allg." seine Rede in der Kommission nicht ausführlich wiedergegeben habe. Fürst Bismarck erklärt den Vorwurf ungerechtfertigt, daß die Vorlagen bei ihm 3 Monate gelegen hätten. Der Vorwurf der Trägheit und Nachlässigkeit sei ihm noch nie gemacht worden. Auch nach dem Verlaufe der Kommissionsdebatte konnte sich die Regierung keinen Erfolg mehr versprechen. Bamberger's Reden enthielten eine glühende Persiflage auf die deutschen Kolonialbestrebungen. Daß er den Zusammenhang zwischen der Kolonialpolitik und der Vorlage erst in der Kommission dargelegt, liege daran, daß er erst die Antwort Englands in der Angra Pequena-Angelegenheit abzuwarten hatte. Er müsse in seiner auswärtigen Politik Vertrauen beanspruchen: die bestehenden Dampferlinien sollen nicht geschädigt werden. Bismarck giebt nochmals die Grundzüge seiner Kolonialpolitik, welche also auf den Schutz privater Kolonisationsbestrebungen gerichtet sind. Es sei nicht beabsichtigt, Beamten, Heere u. hinzuschicken, Forts zu bauen. Den Privaten der Kolonisation soll die Selbstregierung überlassen bleiben, sie sollen nur geschützt werden. Er verstehe die dilatorische Sprache der Kommissionsmehrheit sehr wohl, er bestehe daher nicht auf der Durchberathung, werde aber wiederkommen. (Beifall!) v. Wöllwarth bekämpft die Wirthschaftspolitik Bamberger's und Richter's, die deren Stellung zu dieser Frage bedinge. Bamberger will solche Fragen nicht in Schützenfeststimmung erledigen. Der Reichskanzler wolle die Linke nur wegen Samoa in's Unrecht setzen. Der Kanzler wolle für jeden Deutschen, der irgendwo ein Fleckchen erwirbt, die Flotte und ganz Deutschland engagiren, wodurch Deutschland steten Verwickelungen ausgesetzt würde. Minnigerode giebt ein Bild der Haltung der „Freisinnigen" in der Kommission. Maier-Bremen vertheidigt die deutschen Kolonialbestrebungen gegen Bamberger. Richter-Hagen schlägt plötzlich einen gemäßigten Ton an. Was der Kanzler jetzt sage über seine Kolonialpolitik habe man doch nicht vorher gewußt, man müsse aber doch prüfen, vielleicht stehe die Linke bei näherer Ueberlegung dem Standpunkte des Reichskanzlers doch näher als es bis jetzt scheint. Wenn kein Geld gefordert werde, habe man volles Vertrauen zum Reichskanzler. Fürst Bismarck spricht seine Freude aus, daß seine Politik quasi die Anerkennung Richter's finde. Er müsse aber doch auf Richter's Worte genauer aufpassen, wo der Stachel verborgen sei. Richter deute an, als wolle Bismarck die Knochen der Pommerschen Grenadiere gegen Ramaquas ausspielen. Gerade das Gegentheil sei der Fall. Die Annahme, man würde sich für Abenteuer engagiren, beweise, daß noch immer kein Vertrauen da sei, da er nun alt sei, müsse er wohl darauf verzichten. Richter: Er habe nur befürchtet, daß unsere Landwehr wegen der Kolonialpolitik vor den Thoren von Metz bluten müsse. Bismarck: Richter erweise ihm durch die Unterstreichung dieses Gedankens keinen diplomatischen Dienst. Unsere Beziehungen zu Frankreich sind aber so gute, daß ihnen eine oppositionelle Rede nicht schaden kann. Wir leben trotz aller anfänglichen Befürchtungen, daß dem franz. Kriege sofort ein zweiter folgen müsse, seit 14 Jahren in Frieden.

Schwientochlowitz. Die Zahl der in der Grube „Deutschland" Verschütteten ist auf 42 festgestellt worden. Um 12 Uhr 8 Minuten wurden am Donnerstag nach 156 Stunden 8 Mann lebend aus der Deutschland-Grube herausgebracht.

Paris. Die Situation in Toulon ist unverändert, es ist keine Verschlimmerung eingetreten. Der Marinepräfekt telegraphirte am 25. d., die Cholerafälle seien ziemlich häufig, doch leichter Natur. Dieser stationäre Zustand scheint die Meinung der Aerzte zu bestätigen, daß man nicht die asiatische Cholera vor sich habe. Privatdepeschen aus Toulon melden gleichfalls eine Besserung. Die Abreisen vermindern sich, doch sind bereits 10,000 Personen abgereist. Toulon bietet einen traurigen Anblick. Viele Magazine sind gesperrt, die Theater fast leer. Der Handelsminister hat heute in der Kammer den Bericht der nach Toulon geschickten Aerzte publizirt.

Toulon. Eine Mittheilung des Handelsministers, wonach am Mittwoch 2 Cholera-Todesfälle vorgekommen, besagt, daß alle Aerzte übereinstimmend meinen, die Cholera sei nur sporadischer Natur. Der allgemeine Gesundheitszustand in Marseille und dem ganzen Gebiete in Toulon ist fortdauernd günstig. Nach einer weiteren Meldung starben im Laufe des Nachmittags 3 Cholerakranke, also während des ganzen Tages 5; neue Erkrankte sind in das Civilhospital nicht eingebracht worden.

Kopenhagen. Die heutigen Wahlen haben die Parteiverhältnisse in dem Folkething in numerischer Beziehung nur wenig verändert; die Rechte verlor jedoch gegen die alliirt auftretenden Liberalen, Anhänger der Linken und Sozialisten drei Wahlkreise. Der Sozialist Hördum ist ebenso wie der Sozialistenführer Schneider Holm mit 5385 Stimmen gewählt worden; der Gegenkandidat der Rechten, Professor jur. Goos, erhielt 4498 Stimmen. Der den Sozialisten nahestehende Dr. Pingel ist in Aarhus gewählt worden. Der Kultusminister, sowie der Marineminister sind wiederum gewählt. In 80 von 99 Wahlkreisen sind die Wahlen antiministeriell ausgefallen.

London. Die „Times" bespricht die Angra-Pequena-Angelegenheit und drückt hierbei ihre Befriedigung darüber aus, daß in dieser kleinen, aber nicht unbedeutenden Frage die zwei großen kolonisirenden Länder der Welt, England und Deutschland, es möglich gefunden haben, ohne ernste Schwierigkeiten zu einer Verständigung zu gelangen.

Frankfurt a. M., 26. Juni. Credit 253⅝. Staatsbahn 261⅝. Lombarden 125⅝. 60er Loose —. Oesterr. Silberrente —. Papierrente —. Galizier 237¼. Oesterr. Goldrente —. 4% Ung. Goldrente —. 77er Russen —. 80er Russen —. 2. Orientanleihe —. Neueste Ungar. Goldanleihe —. 3. Orientanleihe —. Ungar. Papier. —. Diskonto 196,81. Egypter 58,50. Gotthardb. —. Russen —. Schwächer.

Wien, 26. Juni. Credit 302,20. Staatsbahn —,—. Lombarden —,—. Nordwest. —. Marknoten —. Ung. Goldr. —. Tabak-Act. —. Ruhig.

Paris, 26. Juni. (Schluß.) Rente 77,27. Anleihe 107,43. Italiener 95,65. Staatsbahn 662,50. Lombarden 302,50. do. Prioritäten —. Egypter 292. Oesterr. Goldrente —. Spanier 60⅞. Ottomanen 627. Tabak-Actien —. Schwankend.

Paris, 26. Juni. (Mittags.) 3% Rente 77,20. Anleihe 107,40. Italiener 95,67. Spanier —,—. Egypter 291,50. Ottomanen 602,71. Türken 7,25. Suez 18,61. Lombarden 301,25. Franzosen 660,00. Schwächer auf die Nachricht vom Vertragsbruch von Thien-tsin.

London, 26. Juni. Consols 100,00. 1873er Russen 89,38. Lombarden —,—. Türken 7,34. 4% fund. Amerik. —,—. 4% Ung. Goldr. 76,50. Oest. Goldr. —,—. Pr. Consl. —,—. Suez 78,00. Egypter 57,75. Ottomanen 15,00. Fester.

Lokales und Sächsisches.

— Se. Maj. der König hat für heute seinen Besuch in der Kunstausstellung im Orangeriegebäude ansagen lassen.

— Die Ankunft J. Maj. der Königin in Dresden wird für den 1. Juli erwartet.

— Der Generalarzt 1. Klasse und Korpsarzt Prof. Dr. Roth erhielt das Kommandeurkreuz des Italienischen St. Mauritius- und Lazarusordens, und der Hofmarschall Freiherr von Gutschmid das Großkreuz des Portugiesischen Christusordens verliehen.

— Der Kgl. Geh. Regierungsrath Boetticher ist für das Königreich Sachsen zum stellvertretenden Bevollmächtigten zum Bundesrath ernannt worden.

— Laut Bekanntmachung des Königl. Gesammt-Ministeriums ist der über Leipzig verhängte kleine Belagerungszustand mit Zustimmung des Bundesrathes auf die Dauer eines Jahres verlängert worden.

— Der hiesige Arzt Dr. Bischoff ist auf einer in voriger Woche durch Südtirol unternommenen Gebirgsreise so von Regenwetter und Schneestürmen mitgenommen worden, daß er laut einer Hoteldepesche aus Venedig dortselbst vollständig gelähmt darniederliegt.

— In der zweiten Sitzung der Meißner Konferenz referirte Consistorialrath Prof. Dr. Baur über „Luther und die Politik". In der dritten Versammlung am Mittwoch Vormittag hielt Herr Prof. Dr. Woldemar Schmidt aus Leipzig einen wissenschaftlichen Vortrag über den „Charakter und die Abfassungszeit des Jacobusbriefes", unter Beziehung auf die jetzt schwebenden Controversen. Hierauf erstattete Prof. Dr. Hofmann aus Leipzig sein Referat über „die freien kirchlichen Vereinsthätigkeiten und die Kirche". Mit einem gemeinsamen Gebete des Vorsitzenden und dem gemeinsamen Gesange: „Nun danket Alle Gott", wurde die Konferenz geschlossen.